

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Ersteinst wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.30 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postkontonummer Hannover 67 577.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postkontonummer
Hannover 67 577.

Nr. 45.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Sonnabend, den 22. Februar 1930.

12. Jahrgang.

**Das Leben ist schnell, drum mach' was daraus.
Die Schritte zähl', sonst kommst du nicht aus;
Rasch eilen die Stunden, drum tändle nicht,
Sonst dir's gar bald an Zeit gebricht.**

Maltitz.

Aus der amerikanischen Wirtschaft

Von Fr. Kraa, Flint, Mich. U.S.A.

In den Nachkriegsjahren haben die Vereinigten Staaten einen ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufstieg erlebt. Die Industrie stand im Zeichen der Expansion und rascher technischer Entwicklung. Ein scheinbar unerfättlicher Innenmarkt wurde durch Hochdruckmethoden kultiviert: Entwicklung einer nationalen Markenreklame, raffinierte Anwendung moderner Verkaufspsychologie, Ausdehnung des Teilzahlungswezens in enormen Ausmaßen (6 Milliarden Dollar jährlich) usw.

Wie beeinflusst nun diese Entwicklung die große Masse der Amerikaner? Mit nicht einmal 20 Prozent mehr Arbeitern produziert die Industrie heute 180 Prozent des Wertes von 1914 und bezahlt 218 Prozent des damaligen Lohnes. Der heutige Durchschnittslohn in der Industrie ist 57 Cents, der allgemeine Arbeiterlohn 43 Cents. Die Sparkasseneinlagen haben in den letzten 7 Jahren eine enorme Zunahme erfahren. Während im Jahre 1912 12,6 Millionen Sparer 8,4 Milliarden besaßen, haben wir 1927 nicht weniger als 48,4 Millionen Sparer mit 36 Milliarden. Das nationale Einkommen pro Kopf stieg von 1922 bis 1928 um 20 Prozent von 625 auf 742 Dollar. Allerdings erhielten 10 Prozent der Einkommensempfänger 25 Prozent der Gesamtsumme. Die Entwicklung des Arbeiters zum Mitteilhaber des Konzerns ist noch nicht weit vorgeschritten. Obwohl die Zahl der Arbeiteraktionäre recht groß ist, ist der Durchschnittswert nur klein. Von den 100 Millionen ausstehenden Aktien ist ungefähr 1 Milliarde, also nur 1 Prozent in ihren Händen.

Die Bevölkerung vermehrt sich um mehr als eine Million jährlich (800 000 Geburtenüberschuss und Einwanderung). Die Wirtschaft verbessert fortwährend die Produktion. Dieser Prozess macht jährlich Tausende arbeitslos oder erlegt sie durch billigere und flinkere weibliche Kräfte. Seit dem Kriege hat sich die Gesamtzahl der Arbeiter um 10 Prozent verringert. Die Kosten der Lebenshaltung sind in demselben Zeitraum um 70 Prozent gestiegen. Die Großhandelspreise stiegen um 40 Prozent, die Kleinhandelspreise um 55 Prozent. Obwohl der amerikanische Arbeiter der bestbezahlte in der Welt ist, leidet er an ökonomischer Unsicherheit wie vielleicht kein anderer seiner Genossen in irgend einem anderen zivilisierten Staate. Obwohl hier ein Prozentzahl chronisch Unbeschäftigter existiert, so groß wie in England und Deutschland, steht ihm in diesem so freien Lande fast keine staatliche Sozialhilfe zur Seite. Es gibt keine effektive Arbeitsvermittlung, keine Arbeitslosenversicherung oder -Unterstützung, keine staatliche Kranken-, Alters- oder Invalidenversicherung. In diesem imperialistisch-kapitalistischen, parteilosen, reichen und demokratischen Staat ist das hilflose Opfer wirtschaftlicher Umstände dem Brotkorb oder der Suppenlinie der Heilsarmee oder der örtlichen Armenfürsorge überlassen, falls er nicht zur Selbstversicherung gegriffen hat.

Die staatliche Unfallversicherung ist heute in allen 48 Staaten in Kraft, allerdings, wie typisch bei amerikanischen Staatsgesetzen, in 48 Variationen. Unternehmer sind verpflichtet, verunglückte Arbeiter zu entschädigen. Die Betriebe versichern ihr Risiko gewöhnlich bei Privatgesellschaften, doch geschieht dies in einigen Staaten auch durch die Regierung. Es bestehen staatliche Schiedsgerichte, die über Entschädigungsansprüche entscheiden. Eine üble Folge der Verbesserung des Gesetzes zu Gunsten der Arbeitnehmer ist, daß die körperlichen Einstellungsbedingungen bei großen Betrieben verschärft werden, um die Risikorate durch bessere Auslese zu drücken.

Selbsthilfe geschieht entweder durch Aufbau einer Bankerserie oder durch Privatversicherung. Der Betrag für Lebensversicherung hat in diesem Jahre die Summe von 100 000 000 000 Dollar erreicht. Rund 65 Millionen oder die Hälfte der Bevölkerung ist versichert. In den letzten 13 Jahren hat sich die ausgenommene Versicherung vervierfacht. Wenn man die Versicherung mit dem nationalen Einkommen vergleicht, ist die Durchschnittsfamilie der Versicherten allerdings nur mit einem einzigen Jahresreinkommen im Todesfall versichert. Die Lebensversicherung schließt die Hinterbliebenen nicht mit ein. Geschäftspartner tragen oft hohe Versicherungen für die

Firma, um den Betrieb vor finanziellen Schwierigkeiten bei Abfindungen zu schützen. Wohlhabende Leute tragen oft bis zu 7 Millionen Dollar Lebensversicherung. All dies beeinflusst den sozialen Wert der hohen Gesamtfigur, die höher ist, als die Privatversicherungen der übrigen Welt.

Ist die technische Entwicklung ein Segen für die Gesamtheit? Hebt sie das Glücksniveau? Sind günstige Wirtschaftsstatistiken ein Zeichen solchen Glückes oder nur ein theoretischer Erfolg? Die heutige Wirtschaft bietet eine Reihe Widersprüche, die den zweifelhaften Segen moderner Wirtschaftsmethoden und die Notwendigkeit einer Humanisierung der wirtschaftlichen Rationalisierung zeigt.

Es besteht fast kein Wirtschaftszweig, der nicht unter Ueberproduktion leidet. Dieser Ueberentwicklung steht eine immer größer werdende Armee von Arbeitslosen gegenüber, — unfähig, Dinge zu kaufen, die im Uebermaße vorhanden sind oder produziert werden können. 10 Prozent amerikanischer Arbeiter sind chronisch unbeschäftigt. Der Mensch ist durch die Maschine ersetzt worden, obwohl der Mensch das Produkt kaufen soll.

Die Landwirtschaft entwickelt sich ähnlich. Der Farmer produziert mit ungefähr demselben Personal und Fläche 30 Prozent mehr Weizen, 70 Prozent mehr Schweine, 14 Prozent mehr Rind- und Kalbfleisch, und der Wert der Ernte ist 85 Prozent größer als vor dem Kriege. Trotzdem ist staatliche Hilfe für den Farmer die wichtigste Frage amerikanischer Politik, größer sogar als die des Tarifs. 500 Millionen Dollar sind vom Staate bewilligt, und die besten Köpfe der Landwirtschaft beschäftigen sich damit, die Agrikultur auf die Wohlstandsstufe der Industrie zu heben.

Auf dem Gebiete des Transportes finden wir vergrößerte Leistungsfähigkeit verbunden mit erhöhten Raten. Seit 1910 haben sich die Eisenbahnstrecken von 351 000 auf 421 000 Meilen erhöht, während die Zahl der Angestellten sich nur um 40 000 auf 1 737 000 vergrößerte. Das Durchschnittsgehalt stieg von 673 auf 1676 Dollar. Die jährliche Zahl der Fracht-Tonnenmeilen stieg über 75 Prozent, während die Frachtraten um 50 Prozent und die Passagierraten um 125 Prozent stiegen und noch steigen.

Die U.S.A. hatten in den letzten 10 Jahren einen Exportüberschuss von über 1 Milliarde Dollar jährlich. In dieser Summe sind aber bedeutende Lieferungen an amerikanische Zweigfabriken im Ausland enthalten. Dies, wie auch die Finanzierung ausland. Werke, vervielfacht aber nur die Produktion und verstärkt die wirtschaftliche Weltmacht, ohne das Problem der Verteilung zu lösen. Export ist ein ökonomischer Auslaß für Ueberprodukt, aber nicht für Ueberproduktion. Wenn jeder von zwei Staaten alle Güter produzieren kann, die die Welt benötigt, muß sich schließlich jeder begnügen, die eigene Produktion einzuschränken, anstatt die Welt mit Schuhen zu überschwemmen. Wenn aber die Massenproduktionsfabrik stillsteht für einen Teil des Jahres, verlieren wir auch den ökonomischen Grund für ihre Methode. Die stillliegenden Maschinen bezeugen die Notwendigkeit, den sozialen Fortschritt, dem der Technik anzupassen und ihre Kräfte dem Wohl der Gesamtheit unterzuordnen. Es ist Zeit, an eine Humanisierung des technischen Zeitalters zu denken. Wenn es um die Wohl geht zwischen Wohlstand der Massen und günstiger Statistik, zwischen Zufriedenheit und rekordhafter Leistungsfähigkeit, warum sollte man nicht dem Wohlstand der Masse und der Zufriedenheit den Vorzug geben? —

Ein immer wachsender Prozentsatz der amerikanischen Industrie ist bestimmt für den Export. Präsident Hoover erklärte kürzlich, daß jede 10. Person in den U.S.A. für den Export arbeite. Die Pionierperiode und die rasche Entwicklung im unentwickelten Innenmarkt ist also vorbei. Die scharfe Konkurrenz auf dem Weltmarkt zwingt zur Rationalisierung, zum Vereinigen in große Korporationen, zum Zusammenarbeiten. Die Tendenz zur Konzentration ist nicht allein auf industriellem Gebiet bemerkbar, sondern auch im Bankwesen und im Handel. Es gibt kaum einen Ort, in dem nicht Bedarfsartikel irgendwelcher Art von einem Kettenladen erhältlich sind. Einige Kolonialwaren-Ketten besitzen Tausende von Läden, die über alle Staaten verstreut sind. Unabhängige Kaufleute haben einen schweren Stand, doch können sich die tüchtigen halten. Es scheint auch, als ob die schlimmste Zeit für den kleinen Kaufmann vorbei ist, da in größeren Städten die Ketten sich gegenseitig konkurrieren und ihre Profite drücken. Der größte Laden der Welt, Sears, Roebuck & Co., und sein einziger Konkurrent auf dem Gebiete des Postversandes passen sich der Zeit an durch Errichtung von Warenhäusern in allen größeren Städten. Das erstere Geschäft mit einem Umsatz von

300 Millionen Dollar jährlich, hofft mit der Zeit eine Filiale in jeder Stadt zu haben.

Solche Entwicklungen führen zu wirtschaftlichen Ersparnissen, die im Laufe der Zeit der Allgemeinheit zugute kommen. Sie führen aber auch zu einer Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen der Wenigen, zur kompletten Abhängigkeit der großen Masse und zur Not der wirtschaftlich Schwachen während der Umstellungen. Es ist eine praktische Doktrin amerikanischer Wirtschaftslehre geworden, daß hohe Löhne eine Grundbedingung für eine gesunde Wirtschaft bedeuten und wirklicher Fortschritt ist auf diesem Gebiet gemacht worden. Vielleicht gelingt es weitblickenden Führern der Wirtschaft, das Problem der Verteilung der Arbeit zu der zufriedenstellenden Lösung zu bringen, die andere Wirtschaftsprozesse gefunden haben. Nur wenn Sicherheit der Stellung Hand in Hand geht mit guter Bezahlung des kleinen Mannes, kann jene flüssige Kaufkraft erwartet werden, die die Wirtschaft im Schwunge hält.

Vielleicht ist die amerikanische Demokratie echt genug, nötige soziale Reformen zu bringen, ohne erbitterte Kämpfe zwischen Kapital und organisierter Arbeiterschaft. Wenn dem aber nicht so ist, kann man solchen Kämpfen in der Zukunft entgegensetzen.

Der Jugendschutz im Schankstättengesetz.

Von D. Strathmann, Erlangen, M. d. R.

Die Leser des „Aufwärts“ sind an dem Schankstättengesetz entscheidend unter sozialethischen Gesichtspunkten interessiert. Dabei kommen, abgesehen von dem allgemeinen Bestreben, Gelegenheit und Anreiz zum Alkoholgenuß einzuschränken, vor allem die Bestimmungen des § 16 in Betracht, die dem Jugendschutz dienen. Zu diesem Ziel hat sich auch der Reichstag wiederholt mit großer Mehrheit bekannt, als er in den vergangenen Jahren die Vorlage eines Schankstättengesetzes verlangte.

Leider entsprach aber der Entwurf der Regierung den Erwartungen keineswegs. Dem Drucke des Reichsrats und vor allem des Reichswirtschaftsrats nachgebend, in welchem die rein wirtschaftliche Betrachtung der Interessenkreise sich allzu erfolgreich geltend gemacht hatte, sah der Entwurf vielmehr einen erheblichen Abbau der Jugendschutzmaßnahmen, namentlich des Schutzalters, vor. Die im Notgesetz des Jahres 1923 erkaufte worden waren. Soweit ging der Abbau freilich nicht wie in dem Entwurf des Strafgesetzbuches, dessen § 369 z. B. das Schutzalter ganz allgemein auf 14 Jahre herabsetzen wollte! Es traf sich indessen günstig, daß dieser Paragraph eben in dem Augenblicke beraten werden sollte, als im achten, dem volkswirtschaftlichen, Ausschusse die Beratung des Schankstättengesetzes wieder aufgenommen wurde. Der Strafrechtsausschuß wurde sich deshalb dahin schlüssig, auf eine Aufnahme dieser Bestimmungen in das Strafgesetzbuch zu verzichten, falls sie in das Schankstättengesetz Aufnahme fanden.

Im 8. Ausschusse nun zeigte sich, daß zwar von Seiten der Wirtschaftspartei, die leider dort zur Zeit nur durch zwei recht einseitig orientierte Gastwirte vertreten ist, versucht wurde, noch weitere wichtige Bestimmungen aus dem § 16 herauszubringen, wie z. B. das Verbot der Verabfolgung geistiger Getränke an Betrunkene. Es ergab sich indessen, daß die Ausschussmehrheit solche Bestrebungen ablehnte. Sie verlangte vielmehr eine Rückkehr zu den strengeren Bestimmungen des Notgesetzes vom Jahre 1923 und deren Ergänzung in der Richtung, daß Turn-, Spiel- und Sportplätze, wenn nicht von alkoholischen Getränken überhaupt, so doch von Branntwein freigehalten werden sollten. Diese Gedanken fanden ihren Niederschlag in einem gemeinsamen Antrag der Abgeord. Sollmann (Sozialdem.), D. Strathmann (Deutschnat.), Diez (Zent.), nach welchem der § 16 folgende Fassung erhalten soll:

(1) Verboten ist: 1. an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Branntwein oder überwiegend branntweinbaltige Genußmittel im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel zu verabreichen; 2. an Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Abwesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines Vertreters auch andere geistige Getränke oder Tabakwaren im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft zu eigenem Genuße zu verabreichen; 3. geistige Getränke im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel an Betrunkene zu verabreichen; 4. Branntwein oder überwiegend branntweinbaltige Genußmittel durch Automaten feilzubieten; 5. das Verabfolgen von Speisen in Gast- oder Schankwirtschaften von der Bestellung von Getränken abhängig zu ma-

chen oder bei Nichtbestellung von Getränken eine Erhöhung der Preise eintreten zu lassen; 6. das Verabreichen von Branntwein oder überwiegend branntweinhaltigen Genussmitteln auf Turn-, Spiel- und Sportplätzen oder in solchen Fällen.

(2) Landesrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Jugend, die über die Ziffern 1 und 2 des Absatzes 1 hinausgehen, bleiben unberührt.

Diese Fassung befriedigt gewiß nicht alle Wünsche der entscheidend sozialistisch an dem Geseße Interessierten. Unerfüllt bleibt der nicht selten gehörte Wunsch, das Schutzalter gegenüber allen alkoholischen Getränken auf 18 Jahre hinaufzusetzen; die Verabsolung geistiger Getränke nicht nur an Betrunkene, sondern an alle die zu verbieten, „die erkennbar unter der Einwirkung geistiger Getränke stehen“; oder jegliche Verabsolung geistiger Getränke im Ausschank oder Kleinhandel auf Kredit zu unterlagen. Aber soviel Berechtigtes folgen Forderungen zugrunde liegen mag, so wird man doch bei einigem Durchdenken der praktischen Auswirkungen solcher Bestimmungen sagen müssen, daß sie kaum durchführbar sind, oder aber, daß dem Uebelstand besser auf andere Weise abgeholfen ist. So wird z. B. der Wirt, der seiner Arbeiterkundschaft Schnaps auf Kredit bis zum nächsten Lohntag gibt, ohne Rücksicht auf die Not, in welche die Familie dadurch gerät, zu gewärtigen haben, daß ihm die Konzession entzogen wird, weil ihm „die für den Gewerbebetrieb erforderliche Zuverlässigkeit“ (§ 2) fehlt. Jedenfalls aber hätten derartige weitergehende Bestimmungen keine Aussicht, im Ausschank eine Mehrheit zu finden, während die oben wiedergegebene Formulierung der Annahme durch die Ausschlußmehrheit sicher ist.

Damit sind immerhin Durchlöcherungen des bestehenden Jugendschutzes verhindert und einige nicht unwichtige Ergänzungen erzielt.

Flottenkonferenz gefährdet

— London, 21. Februar.

Die Unterbrechung der Londoner Flottenkonferenz bis zum 26. Februar, die offiziell mit dem harmlosen Hinweis auf die Umbildung der französischen Regierung begründet wird, läßt auf eine bedeutsame Verschärfung der Flotten-Krise schließen. Als Kardieu dem Staatspräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreiten ließ, war man in London immerhin noch guter Dinge und tröstete sich mit dem Vorhandensein genügenden Arbeitsstoffes für mindestens acht Tage. Wenn die Stimmung nunmehr umgeschlagen ist, dann liegt das wahrscheinlich daran, daß Kardieu in den Verdacht geriet, er habe sich stützen lassen, um die Verantwortung los zu werden und sich nicht in ein schlechtes Geschäft zu verstricken.

In Paris sind nämlich Gerüchte in Umlauf, nach denen Kardieu die ihm angetragene Bildung einer neuen Regierung deshalb abgelehnt hat, weil er nicht nach London zurückkehren will. Voraus zu folgern wäre, daß Kardieu für Frankreich Erpressliches von London nicht mehr erhofft. Wenn nun aber der „starke Mann“ Kardieu sich die Freiheit zur Kritik wahren will, werden dann andere Männer von Ruf bereit sein, in die Bresche zu springen?

Allem Anschein nach hat man also in London Grund zum Pessimismus. Das Hindernis für einen Fortgang der Flottenverhandlungen ist augenblicklich Frankreich, oder richtiger die hohe französische Ton-

Die Zeit ist da!

daß die Zeitung neu bestellt werden muß.

nagerproierung und die französische Phantasterei über die deutschen Panzerkreuzer. Eine Entspannung der Krise wäre aber nur dann zu haben, wenn Frankreich den Rückzug antritt. Kardieu hat sich dagegen gestraut, ob sein Nachfolger anders verfahren wird, ist fraglich.

Der italienische Standpunkt ist in London durch den Außenminister Musolinis, Grandi, geschildert und überzeugend verteidigt worden. Zunächst hat Grandi das gesagt, was alle so gerne hören, er hat nämlich Italiens Bereitschaft zu einer radikalen Abrüstung der unterstrichen. Italien, so betonte er, würde sich gerne mit der kleinsten Flotte begnügen und wäre auch bereit, die Minenschiffe und die Unterseeboote ganz abzuwerfen, nur dürfe Italien nicht anders behandelt werden als Frankreich. Der Presse gegenüber erläuterte Grandi sein Programm noch dahin, Grundgedanke der italienischen Politik in London sei: Glaube, Hoffnung, Parität und Kürzung der Rüstungen.

Um den Mächten die Zustimmung zu der italienisch-französischen Flottengleichheit zu erleichtern, hat Grandi — ganz gegen seine Gewohnheit — umfangreiche Tabellen und Statistiken vorgelegt und eine Rechnung aufgemacht, nach der diese so hart umfritene Gleichheit längst Wirklichkeit ist. Frankreichs Kreuzer-tonnage betrage gegenwärtig 231 000 Tonnen gegenüber 227 000 italienischen Tonnen, und Unterseeboote habe Frankreich nur ein einziges mehr als Italien (44:43). Nun mag das für den Augenblick zwar zutreffen, wenn man aber die in Ausführung begriffenen Bauprogramme in Betracht zieht, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß Frankreich 1936 60 000 Tonnen an U-Booten und 130 000 an Kreuzern mehr haben wird als Italien!

Sichtlich des französisch-italienischen Gegensatzes mögen die französischen und italienischen Delegierten sachliche Argumente zur Erhärtung ihres Standpunktes anführen können, die Hineinziehung der deutschen Panzerkreuzer in die Londoner Debatte ist lediglich ein Akt schlimmster Demagogie! Ein Vergleich der deutschen Reichsmarine mit den Kriegsschiffen der anderen Mächte ist völlig abwegig. Die deutsche Flotte kann auch dann mit der französischen nicht in Wettbewerb treten, wenn alle veralteten Minenschiffe durch Panzerkreuzer ersetzt worden sind. Borelli schwimmt überhaupt noch kein deutscher Panzerkreuzer, sondern die Marinewerft ist noch mit dem Bau des ersten Schiffes dieser Art beschäftigt. Wenn Frankreich unbekümmert darum schon heute droht, es werde für jeden 10 000-Tonnen-Kreuzer mit 28-Zentimeter-Geschützen, den Deutschland in Erzeugung seiner uralten Minenschiffe baue, ein 20 000-Tonnen-Schiff mit Geschützen von 30,5 Zentimetern auf Stapel legen und könne sich insoweit nicht für die Zukunft binden, weil es noch nicht wisse, wieviel Panzerkreuzer Deutschland schließlich bauen werde, dann ist das nur ein Vorwand, unter dem sich ganz bestimmte französische Pläne verbergen. Wahrscheinlich möchte Frankreich die Londoner Flottenkonferenz dazu mißbrauchen, um den deutschen Panzerkreuzern die schwere Artillerie zu nehmen, wie es 1919 in Versailles schon dem deutschen Landheer die schweren Geschütze genommen hat.

Selbstverständlich werden auch den Franzosen die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Kardieus Pro-

gramm, soweit es die deutschen Panzerkreuzer betrifft, ist zum Scheitern verurteilt. Fraglich ist nur noch, ob die Uebersteigerung der französischen Forderungen die Londoner Verhandlungen nur verzögert oder sie überhaupt zur Ergebnislosigkeit verdammen wird.

Erregung im Memelgebiet.

Neben die Rechtsbrüche des litauischen Gouverneurs. — Regierungskrise in Sicht.

Die Ausweisung der reichsdeutschen Lehrer aus dem Memelgebiet hat zu einer krisenhaften Zuspitzung geführt. Wie verlautet, sind die Mehrheitsparteien des memelländischen Landtages entschlossen, dem Präsidenten des Landesdirektoriums, Klabegeln, wegen seiner Haltung in der Ausweisungssache das Mißtrauen auszusprechen.

Dem Präsidenten wird zum Vorwurf gemacht, daß er den Drohungen des litauischen Gouverneurs bezüglich der Lehrerausweisung entgegen dem Memelstatut und gegen den Willen der Landtagsmehrheit nachgegeben und den Lehrern die Kündigung angeordnet hat, ohne sich vorher mit den Mitgliedern des Direktoriums ins Benehmen zu setzen. Da die Unzufriedenheit mit der jetzigen Landesregierung, die völlig unter litauischem Einfluß steht, auch sonst außerordentlich groß ist, so besteht eine Möglichkeit zur Verhinderung der Krise höchstens dann, wenn sich der litauische Gouverneur zu einer Aenderung seines Standpunktes in der Frage der Lehrerausweisung bereit erklärt und wenn schließlich die bisher vom Gouverneur widerrechtlich zurückgehaltenen Geseze endlich in Kraft gesetzt werden.

In der memelländischen Öffentlichkeit ist die Erregung über das selbstherrliche Vorgehen des Gouverneurs, der Rechtsbruch an Rechtsbruch reiht und durch die Ausweisung der Lehrer offenbar einen Hauptschlag gegen die memelländische Autonomie führen will, außerordentlich groß. Selbst in litauisch eingestellten Kreisen des Memelgebietes ist man der Auffassung, daß diese herausfordernde Politik nicht weiter fortgesetzt werden kann, und daß es das Beste wäre, wenn der Gouverneur schnellstens abberufen würde.

Notenbank-Konferenz in Rom.

Zur Wahl des Verwaltungsrates der Bank für internationalen Zahlungsausgleich.

Am 10. März werden in Rom die Leiter der sechs Notenbanken zusammentreffen, um den Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich zu bilden. Ferner werden auf der Sitzung, die sich voraussichtlich drei oder vier Tage hinziehen wird, das leitende Personal der Bank ernannt sowie die Rechnungsbedingungen des Kapitals geprüft werden. Der Gouverneur der französischen Staatsbank, Moreau, wird auf seiner Reise nach Rom vom Vizepräsidenten Moret und dem Direktor des wirtschaftlichen Studiendienstes Quesnay begleitet.

Deutsche Vorstellungen in Kattowitz?

Die Gemischte Kommission unter dem Vorsitz der Präsidenten Saloner, verhandelte in Kattowitz über die Beschwerde der deutschen Theatergemeinde wegen der Vorenthaltung des Stadttheaters in Kattowitz für deutsche Theateraufführungen. Die Entscheidung des Präsidenten wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Soweit bisher bekannt wurde, sollen die Vorstellungen auf beiden Seiten am 1. März wieder aufgenommen werden.

Vom Sinn des Abendmahls

sprach Professor Stählin-Münster am Freitagabend im großen, bis auf den letzten Platz gefüllten Saale des Altstädter Gemeindehauses. Wenn der Eindruck, den die bisherigen Vorträge dieses Redners im Rahmen der „kirchlichen Arbeitsgemeinschaft“ gemacht haben, noch überboten werden konnte, so war das an diesem Abend der Fall. Man merkte dem Redner an, daß er sein Bestes und Bestes an die Aufgabe setzte, dem Geschlecht unserer Tage das wieder lebendig zu machen, was nach seinen eigenen Worten das eigentliche Haupt- und Kernstück christlichen Gottesdienstes sein sollte, in so zahlreichen Fällen aber zu einem bloßen Anhängsel oder einem ganz abgelebten Nebenbing geworden ist. — Das Abendmahl ist zunächst ein Erinnerungsmahl, was jedoch nicht dahin mißverstanden werden darf, daß es nun die wichtigste Aufgabe sei, die geschichtliche Situation seiner Stiftung möglichst genau zu rekonstruieren oder auch einen einmal gegebenen Auftrag Jesu blindlings auszuführen. Es handelt sich vielmehr darum, durch die heutige Feier in für heutige Menschen verständlicher Form den letzten Sinn dieser Stiftung offenbar zu machen. Welches ist dieser Sinn? Seit Zwingli hat die rein symbolische Auffassung immer weiter um sich gegriffen, weil der allgemeine Zug der Zeit seit der Renaissance zu immer stärkerer Spiritualisierung hindrängte. Es kam dann nur noch darauf an, was man sich bei Brot und Wein und den betreffenden Handlungen dachte. Auf der anderen Seite haben gläubig lutherische Kreise sich letzten Endes auf ein Credo quia absurdum zurückgezogen, das im Grunde auf eine Werkgerechtigkeit hinauskommt. Beides ist unzulänglich. Die neuere Hinwendung zu naturmythischen Auffassungen und tiefenpsychologischen (parapsychologischen) Gedankengängen ermöglicht hier eine Befreiung unseres Denkens von mehrhundertjährigen Fesseln. In den tieferen Schichten unseres Seelenlebens gilt noch nicht eine so scharfe Trennung von Natur und Geist, Sein und Denken, wie im hellen Lichte des Wachbewußtseins, hier gibt es noch „magische“ Wirkungen, d. h. unmittelbar mit dem Intellekt nicht erfassbare Einflüsse zum Beispiel von Gestirnen oder Farben oder Landschaften, Nahrungsmitteln oder anderen Menschen auf unsere Seele. Es braucht nicht alles, was auf uns wirkt, durch unser Bewußtsein zu gehen; im Gegenteil, gerade das, was unterbewußt in uns eindringt, dringt tiefer und wirksamer ein, als das rationale Denken. Von diesem Standpunkt aus versuchte nun Pro-

fessor Stählin auch das Abendmahl zu deuten, wobei er sich auf die Rolle des Brotes beschränkte. Das Brot war immer und überall der Repräsentant der Natur, einmal sofern wir auf sie angewiesen sind, zum andern, sofern in der Natur das Gesetz des Opfers des einen für das andere gilt. Wir sind durch unseren Intellektualismus daran gewöhnt, Naturhaftes und Religiöses vollständig zu trennen. Das Geheimnis des Abendmahls kann aber nur gedeutet werden, wenn wir Schöpfung und Erlösung zusammen schauen. Christus ist die Person gemordene Darstellung des Opferwillens Gottes, der auch die ganze Schöpfung durchwaltet, und so vollendet sich diese im Reiche der Gnade. Sie ist nicht eine Sache, die nur „die Seele“ allein angeht, sondern „wir warten eines neuen Himmels und einer neuen Erde“. Das Abendmahl ist dergehalt ein Protest sowohl gegen eine rein spirituellistische Verinnerlichung, wie auf der anderen Seite gegen eine bloße Vergottung der Natur in Naturmythik.

Der Redner wandte sich sodann, von dieser Grundlage ausgehend, zunächst der Frage der Beichte zu, die herkömmlich mit dem Abendmahl verbunden wird. Er lehnte diese Verbindung scharf ab, da sie die gänzlich verkehrte Auffassung zur Folge hat, daß der Mensch sich erst durch bestimmte Zeremonien des Abendmahls „würdig“ machen müsse. Würdig ist derjenige, der nichts weiter will, als empfangen, was Gottes Gnade darbietet. Zugleich aber ist jede solche Feier dann Vorwegnahme eines Zustandes, der im irdischen niemals verwirklicht ist. Abendmahlsfeier ist demnach stets Hoffnungsfeier und sollte als solche freudig und nicht in Trauerkleidern begangen werden. Die Kirche hat im allgemeinen viel zu viel rückwärts statt vorwärts gesehen. Zum Schluß kritisierte der Redner eine Reihe kultischer Einzelheiten der gegenwärtigen Abendmahlsfeiern und gab eine kurze Skizze der Form, die in seinem Kreise — dem Verneuhener Kreise — ausgearbeitet worden ist und nach seiner Versicherung allen Teilnehmern unvergeßliche Eindrücke hinterlassen hat.

Der Rhythmus, die Kunst der Musik.

Die Musik ist jene Kunst, welche das Schöne durch Töne darstellt. Sie ist die unmittelbare Sprache des Innern; denn sie bringt vermittelt des großen Reichs der Töne jede Stimmung des Gemüts — von der heitersten bis zur schwermütigsten — zum Ausdruck. Was aber die Musik erst zu dem macht, was sie sein soll, vermittelt die Melodie, d. h. die einheitlich-schöne Aufeinanderfolge von Tönen. Die Empfindung, welche sich durch die Melodie

auseinanderlegt, gewinnt durch den Zusammenklang mehrerer Töne, d. h. Harmonie, größere Fülle und Kraft. Um aber ein regelloses Durcheinanderklingen der Töne der Melodie und Harmonie zu vermeiden, wird deren Aufeinanderfolge durch das Tonmaß oder den Rhythmus geregelt; denn die Musik ist die Darstellung des Schönen in der Zeit; mithin ist sie an ein gewisses Zeitmaß gebunden und ihre Grundlage ist wie bei der Architektur ein mathematisches Gesetz. In der Musik muß vollkommene Ordnung herrschen — ohne jedoch damit der Freiheit der Darstellung Abbruch zu tun —; in der Melodie ist eine stete Abwechslung von Tönen (kurze, lange, gleichlange) wahrzunehmen, die durch den Takt und Akzent Regel und Ordnung erhalten. Jedes Tonstück muß erforscht, verstanden und innerlich erfasst sein. Dieses innerliche Erfassen ist die Hauptbedingung eines zur vollen Geltung kommenden und ästhetisch durchgeführten Tongemälses; denn aus ihm geht der Ausdruck der Empfindung unmittelbar hervor. Diesen Ausdruck kann kein Meister lehren, niemand kann ihn uns verleihen, vielmehr ist und bleibt nur das eigene Gefühl die Quelle des Ausdrucks.

Soll das Tonstück überhaupt den Eindruck eines schönen Ganzen machen, so muß notwendig die vier Momente: Melodie, Harmonie, Rhythmus und Dynamik, d. h. Stärke des Tones, zusammenwirken.

Der Schüler Aristoteles', der im eigentlichen Sinne der Logiker auf dem Gebiete der musikalischen Theorie in seinem Stile, in der unerbittlichen Klarheit seiner Darstellungsform ein noch größerer Meister als Aristoteles ist, hat dem Rhythmus eine bedeutungsvolle Stellung im Tonstücke angewiesen.

Er unterscheidet in der Musik das Melos und den Rhythmus. Melos ist alles das, was sich auf die Bewegung der Stimme zu höheren und tieferen Tonstufen bezieht, sowohl in der Melodie als in der Begleitung.

Rhythmus dagegen sind die quantitativen Zeitunterschiede der aufeinanderfolgenden Töne. Dieser Rhythmus stellt sich an dem je nach der Verschiedenheit der drei musikalischen Künste verschiedenen Bewegungstypus dar. An sich ist der Rhythmus etwas außerhalb des Melos stehendes. Aber vor Wagner war er Jahrtausende hindurch ein notwendiges Mittel des Melos. Der Rhythmus ist bei Bach, Händel, Gluck, Haydn, Mozart, Beethoven und Weber etwas von dem Melos unzertrennliches, ein unerlässlicher Bestandteil der Musik. Jedoch braucht die Idee des Schönen in der Musik und Poesie zunächst nicht auf den Rhythmus, sondern in der Musik auf der bestimmten Art und Weise, in welcher die in der Bewe-

Rhythmus

Die deutsche

nat

In eine

der Deutsche

neutrale

von Unentf

kämpfte zur

seine Organ

Millionen A

vertreten sin

Gewiß

des ganzen

vor der ers

fürwörter d

keit ihren

in geschlo

öffentliche

Die me

wir, wie d

ausfallen

bedrohende

eine Zusam

gräfte. Ni

dürfen nich

den, sie sin

Einheitswil

Nun d

Ver

Rein

— Berlin

binettisier

der Reichsa

schaftsverh

das deutsch

Das Kab

des Reichsa

dungen fest

Dieser R

ausnahme

den Young-

Kabinet na

durch den R

Stet

Eine Notw

Politi

Der G

tuts in St

Hauptaus

der Ruhrin

selbst über

Auslande.

tum außer

gung der S

Klänge auf

brachten F

der Seele d

ruht sie au

denken und

sich leicht d

daß die in

formelle d

des Schöne

A. Wagner

von Mozar

sten walt

übertragen

zartförmig

Mittel des

ten Hellene

und wir k

Griedentur

bildung ge

übrig bleib

lernen.

Der Rh

gefühl des

Dieser ist d

mit ihm in

man den

auch im B

neueren W

Rhythmus

bringen.

Wenn

Gluck, Be

chischen R

daß es den

gemeinen

ponisten g

sie die in

rhythmisch

vorzüglich

für effek

bei den S

tigen Zä

langweil

Musik ver

Zum Re

Ob Fart

Es trage

Nicht bi

verkreuzer betrifft,
ist nur noch
Forderungen
verzögert oder sie
kommen wird.

elgebiet.

Gouverneurs.

ischen Lehrer aus
en harten Zu-
nd die Mehrheits-
tages entschlossen,
rismus, Kadegeln,
weisungsfrage das

Vorwurf gemacht,
hen Gouverneurs
egen dem Memel-
Landtagsmehrheit
Kündigung ange-
Mitgliedern da-
gen. Da die Un-
besorgtheit, die
auch sonst außer-
Balken zur Ver-
wenn sich der li-
ung seines Stand-
weisung bereit-
vom Gouverneur
endlich in Kraft

lichkeit ist die Er-
vorgehen des Gu-
stschub reißt und
ndar einen Haupt-
nomie führen will,
aufgestellt
der Auffassung,
nicht weiter fort-
das beste wäre,
abberufen würde.

in Rom.

er Bank für inter-
gleich.

um die Leiter der
um den Verwal-
ten Zahlungsan-
schuß der Sitzung, die
ge hingen wird,
ernannt sowie die
geprüft werden.
atsaband, Moreau,
im Vizepräsidenten
astlichen Studien

Rattowig?

er dem Vorsitz der
in Rattowig über
ergemeinde wegen
s in Rattowig für
Entscheidung des
Lagen bekanntge-
wurde, sollen die
n 1. März wieder

n Zusammenhang
re Fülle und Kraft.
enklungen der Töne
neiden, wird deren
oder den Rhythmus
stellung des Schönen
fies Zeitmaß gebun-
der Architektur ein
muß vollkommene
mit der Freiheit der
er Melodie ist eine
lange, gleichlange)
d Akzent Regel und
muß erfordert, ver-
tiefes innerliche Er-
zur vollen Geltung
iten Tongemäles;
Empfindung unmit-
kein Meister leh-
n, vielmehr ist und
stelle des Ausdrucks.
Eindruck eines schü-
wendig die vier Mo-
s und Dynamik, d. h.

eigentlichen Sinne
stikalischen Theorie
klarheit seiner Dar-
stelter als Aristoteles
gsvolle Stellung im

as Melos und den
ich auf die Bewegung
n Tonstufen bezieht,
egleitung.

itativen Zeitunter-
eine. Dieser Rhyth-
Verschiedenheit der
Bewegungsstoffe dar-
ßerhalb des Melos
r Jahrtausende hin-
elos. Der Rhythmus
Mozart, Beethoven
ngertrennliches, ein
Jedoch braucht die
Poesie zunächst nicht
Musik auf der Be-
r die in der Bewe-

Ryffhäuserbund und Youngplan.

Die deutschen Schicksalsfragen sind nur durch nationalen Einheitswillen zu lösen.

In einer Veröffentlichung im „Ryffhäuser“ betont der Deutsche Reichskriegerbund „Ryffhäuser“, daß sein neutrales Verhalten zum Neuen Plan kein Zeichen von Unentschlossenheit sei, sondern eine schwer erlängte Zurückhaltung, um nicht Parteigegegensätze in seine Organisation hineinzutragen, in der durch drei Millionen Mitglieder alle staatsverhaltenden Parteien vertreten sind.

Gewiß sei der Neue Plan eine Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes, aber wir stünden auch vor der erschütternden Tatsache, daß Gegner und Befürworter des Planes je nach ihrer Parteizugehörigkeit ihren Weg für den einzig möglichen halten. Die Regierung könne wirkungsvolle Schritte gegen die uns immer mehr verflachende Hatzpolitik unserer Gegner nur dann unternehmen, wenn sie hinter sich ein Volk wisse, daß in dem Kampfe gegen die Kriegsschuldfrage in geschlossener Einmütigkeit zusammenstehe. Die Veröffentlichung schließt:

Die weiteren schweren wirtschaftlichen Nöte, denen wir, wie die Entscheidung über den Neuen Plan auch ausfallen mag, entgegengehen und der immer härter drohende Volkselend verlangen in erster Linie eine Zusammenfassung aller nationalen und sittlichen Kräfte. Die deutschen Lebens- und Schicksalsfragen dürfen nicht vom Parteikampfe aus behandelt werden, sie sind nur durch einen nationalen deutschen Einheitswillen zu lösen.

Nun doch Verschmelzung des Polen-Vertrages mit dem Youngplan.

Keine Herausnahme des Polenvertrages: Kabinettsbeschluss.

Berlin, 20. Februar. Im weiteren Verlauf der Kabinettsitzung erstattete, wie halbamtlich mitgeteilt wird, der Reichsaussenminister Bericht über den Stand der Ausschüßverhandlungen über den Youngplan und ferner über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

Das Kabinettsbeschluss, im Sinne der Ausführungen des Reichsaussenministers an seinen früheren Entscheidungen festzuhalten.

Dieser Kabinettsbeschluss bedeutet also, daß eine Herausnahme des polnischen Liquidationsabkommens aus den Young-Abmachungen nicht geplant ist und daß das Kabinetts nach wie vor auf gleichzeitige Verabschiedung durch den Reichstag besteht. — Also doch? ...

Siedlungspolitik im Osten!

Eine Notwendigkeit im Interesse der Selbstbehauptung. Politische Aussprache im Landtagsverein.

Düsseldorf, 21. Februar. Der Generalsekretär des deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart, Dr. Wertheimer, sprach in der Hauptversammlung des von den führenden Männern der Ruhrindustrie gebildeten Landtagsvereins in Düsseldorf über die Lage der deutschen Volksgruppen im Ausland. Redner führte aus, das deutsche Volkstum außerhalb der Reichsgrenzen brauche als Rück-

gang der Stimmen durch Höhe und Tiefe verschiedenen Klänge aufeinander folgen und auf der dadurch hervorgerachten Fähigkeit der Musik, gewisse Empfindungen in der Seele des Zuhörers zu erwecken. In der Poesie beruht sie auf den durch die Sprache ausgedrückten Gedanken und auf der schönen Form der Sprache. Es läßt sich leicht denken, daß die Klangverbindungen des Melos, daß die in der Poesie dargestellten Gedanken und das Formelle der Sprache auch ohne Rhythmus den Eindruck des Schönen in uns erwecken können. Behauptet doch R. Wagner in seiner Schrift über Beethoven, daß er zuerst von Mozart nach Mohnlichkeit des in den bildenden Künsten waltenden Prinzips der Symmetrie auf die Musik übertragen sei. Nachweislich war aber schon vor der Mozartischen Musikperiode der Rhythmus ein unentbehrliches Mittel des Melos. Tatsache ist ja, daß die Musik der alten Hellenen von Anfang an eine streng rhythmische war, und wir können noch hinzufügen, daß die Musik des Griechentums in der Rhythmik zu dem Grade der Ausbildung gelangte, daß den modernen Menschen nichts übrig bleibt, als von den alten griechischen Meistern zu lernen.

Der Rhythmus entspringt nicht aus dem Schönheitsgefühl des Künstlers, sondern aus dem Ordnungssinne. Dieser ist dem Schönheitsfinne verwandt, aber keineswegs mit ihm übereinstimmend. In der neueren Zeit glaubt man den Rhythmus gänzlich entbehren zu können, und auch im Vortrage der Kompositionen älterer Meister der neueren Musikperiode hat man verlernt, die durch den Rhythmus zu erzielenden Effekte in Anwendung zu bringen.

Wenn auch unsere Komponisten, insbesondere Bach, Gluck, Beethoven, das rhythmische Verfahren der griechischen Künstler instinktiv verfolgen, so scheint es leider, daß es den Künstlern des Vortrages heutzutage im allgemeinen an Sinn für die Bedeutung der von den Komponisten geschaffenen rhythmischen Formen fehlt, weshalb sie die in den Musikwerken unserer Meister liegenden rhythmischen Effekte ungenützt lassen, ja sogar manche der vorzüglichsten Kompositionen Mozarts und Beethovens für effekthas und uninteressant halten. Man braucht aber bei den Sonaten dieser beiden Tonkünstler nur die richtigen Fäsuren ins Auge zu fassen, dann werden sie nicht langweilig erscheinen, sondern, wie es Beethoven von der Musik verlangte, „Feuer aus dem Geiste schlagen“.

Zum Rechten gewöhne den Sinn für das Schöne. Ob Farben, ob Töne, ob Form, ob Bewegung. Es trage die Prägung des sittlichen Geistes, Nicht blendenden Scheins!

halt einen geordneten und starken Staat. Die Strukturwandlungen im deutschen Volke und die sozialen Umgruppierungen und Besitzveränderungen erforderten eine geistige und wirtschaftliche Neueinstellung. Erforderlich sei eine Umstellung in der Unterhaltungs- und Betreuungsmethode, insbesondere eine stärkere Fürsorge für die handwerkliche, bäuerliche und landwirtschaftliche Erleichterung.

Mittlergutsbesitzer Dr. Schubert-Posen

ging dann auf die ökonomische Agrarfrage ein. Wenn es nicht gelinge, den deutschen Osten wieder mit arbeitsfähigen Menschen anzufüllen, dann werde sich eines Tages ergeben, daß das Korridorproblem endgültig im polnischen Sinne entschieden sei und das Oderproblem als nächstes Grenzproblem akut werde!

In der Aussprache befürchtete Kommerzienrat Reusch-Oberhausen von dem Umsichgreifen des Rentnergebanens eine Schwächung der deutschen Siedlungskraft.

Scheimrat Rastl

Schilderte die Bedeutung der Ostprobleme für die Zukunft der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes. Während die polnische Westsiedlung große Erfolge zu verzeichnen habe, habe die deutsche Ostsiedlung bisher verlagert. Die Zukunftstellung der deutschen Wirtschaft in der Welt werde in entscheidendem Maße davon abhängen, ob es uns gelinge, den geschwächten deutschen Siedlungs- und Kolonisationswillen in Europa sowie in Übersee von neuem zu beleben und zu befruchten.

Der politischen Aussprache folgte zum Schluß eine längere, geschäftlichen Angelegenheiten gewidmete Beratung.

Neuer polnischer Willfürakt.

Thorn, 21. Februar.

In den Büros des deutschen Sejm-Abgeordneten Moritz in Thorn fand eine von der Polizei vorgenommene Hausdurchsuchung statt. Besonders eingehend wurde das dort untergebrachte Büro des deutschen Wohlfahrtsbundes untersucht, in dem sämtliche Akten beschlagnahmt wurden. Der Geschäftsführer des deutschen Sejm-Büros in Thorn, Frant, wurde verhaftet.

Tanziger Kundgebung für Wiederherstellung der Gemeinshaft mit Deutschland.

Tanzig, 21. Februar. Auf dem 13. Landtag in Tanzig gelangte eine Entschließung zur Annahme, deren Schlußsatz lautet: „Nur die Wiederherstellung der Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reich kann der Tanziger Landwirtschaft die Lebensmöglichkeit wiedergeben.“

Steigende Agrar-Verschuldung.

Beratung des Landwirtschaftshaushalts im Landtag. Der Preussische Landtag setzte heute die zweite Lesung des Haushalts der Landwirtschaftsverwaltung f. r. t. Gleich zu Beginn der Debatte nahm

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

das Wort: Die Verschuldung der Landwirtschaft, die von 6705 Millionen im Jahre 1928 auf 7256 Millionen Reichsmark im Jahre 1929 gestiegen sei. Davon entfielen auf Realrente 3,44 Milliarden bzw. 3,992 Milliarden, auf mittelfristige Kredite 0,322 bzw. 0,324 Milliarden, auf kurzfristige Kredite 2,934 bzw. 2,940 Milliarden Reichsmark. Bei den kurzfristigen Krediten sei beachtlich, daß sie in der Zeit vom 30. Juni bis 30. September 1929 um rund 200 Millionen Reichsmark gefallen seien. Der Rückgang bei den Realrenten habe sich nicht nur nicht vermindert, sondern in einigen Gebieten sogar merklich gesteigert. Der Minister wies darauf hin, daß die Sekundärforderung von Landarbeitern auf eigener Scholle künftig in noch größerem Umfang betrieben werden solle. Ein vollkommener Bericht auf ausländische Arbeiter sei mit Rücksicht auf die intensiven Ruderkulturbetriebe noch nicht möglich. Das landwirtschaftliche Fachschul- und Bildungswesen sei weiter ausgebaut worden. Die Zahl der Studierenden Landwirte sei gegenüber dem Vorjahre etwas zurückgegangen.

Der Minister kündigte eine baldige Vorlage über den Staatszuschuß für die ländlichen Krankenkassen an.

Die Meliorationskassen haben im vergangenen Jahre eine wesentliche Steigerung erfahren. Insgesamt seien 27,32 Millionen für diesen Zweck aufgewendet worden. Es sei leider bisher nicht möglich gewesen, privates Kapital in nennenswertem Umfange zur Förderung des Meliorationswesens zu erhalten. Im Westen sei die Weinbergsanpflanzung in Angriff genommen worden. Was die Erhaltung im Osten angehe, so sei es nach wie vor der Ansicht, daß der bäuerliche Besitz gestärkt werden müsse. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Schöler (D. V.) wies auf die Notwendigkeit schneller Hilfe für die Landwirtschaft in den Ostprovinzen hin. Alle Verhandlungen mit Polen müßten den unangenehmen Zustand im Osten berücksichtigen. Ohne ein starkes deutsches Ostkolonialwerk könne Deutschland nicht bestehen.

Minister Dr. Steiger antwortete sich noch zu den Vätern, bei der Württemberg Union ist eine Berufshandelskammer eingerichtet und teilte mit, daß Verhandlungen über den Ankauf eines bestimmten Landstriches schweben.

Abg. Bachert (D. V.) erkannte die Bemühungen der Regierung zur Sicherung landwirtschaftlicher Genossenschaften an. Es komme alles darauf an, die Fundamente der Landwirtschaft gesund zu erhalten. Der allem sei eine Herabsetzung der unerträglich hohen Zinsen erforderlich.

Ein Regierungsvertreter beantwortete mehrere Anfragen. Eine deutsche nationale Anfrage über die Schädigungen durch Ausfuhr litauischer Schweine wurde damit beantwortet, daß diese Einfuhr auf dem deutsch-litauischen Handelsvertrag beruhe, dessen Ablauf man zunächst abwarten müsse. Mit dem Bau des Staubeckens bei Tschellin (Spreewald) im Herbst 1931 begonnen werden.

Abg. v. Detteln (Wirtschaft.) führte die Notlage der Landwirtschaft auf die Wirtschaft- und Finanzpolitik der letzten zehn Jahre zurück. Bauern und Großlandwirte hätten gleichmäßig unter den drückenden Verhältnissen zu leiden.

Abg. Keller (Dt. Frakt.) richtete an die Regierungsparteien die Mahnung, bei Beurteilung der schätmischen Lage der bäuerlichen Bevölkerung den nötigen Ernst zu zeigen.

Abg. Lohse (Nat.-Soz.) erklärte, der Wiederaufbau der Wirtschaft werde unmöglich sein, solange man nicht eine völlige Umkehr der Politik, vor allem der äußeren, durchführe.

Das Haus vertagte dann die Weiterberatung auf Freitag. Außerdem namentliche Abstimmungen über die Währungsanträge.

Sozialverhandlungen beendet.

Abbruch der Verhandlungen über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. — Das Kabinetts beschließt. — Berlin, 21. Februar.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat die Verhandlungen mit den Sozialpolitikern der Regierungsparteien über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung abgeschlossen. Der letzte Aussprache lagen vier Vorschläge zu Grunde. Erstens der, den noch zu bedeckenden Fehlbetrag der Reichsanstalt durch Reformen aufzubringen. Der zweite Vorschlag ging dahin, die Bereitstellung der Ausgleichsmittel durch die Reichsanstalt selbst mit qualifizierter Mehrheit vornehmen zu lassen. Der dritte Vorschlag wollte die Differenz durch Beitragserhöhung um 1/4 bis 1/2 Prozent decken und der vierte Vorschlag war der des einmaligen Notopfers der Festbesoldeten mit einem hohen Jahreseinkommen.

Eine Mehrheit ergab sich für keinen dieser Vorschläge. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer wird deshalb seinerseits dem Kabinetts einen Vorschlag unterbreiten. Voraussichtlich wird das Kabinetts nachher Woche der Fall sein.

Von der Angestelltenversicherung sind für den Ankauf von Reichsbahnvorzugsscheinen bisher je 50 Millionen Mark für 1930 und 1931 in Aussicht gestellt. Mit der Invalidenversicherung wird noch verhandelt.

Ein Ministerium Chaumemps?

Die Radikalsocialisten von Doumergue mit der Regierungsbildung beauftragt. — Paris, 21. Februar.

Der französische Staatspräsident Doumergue empfing den Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppe der Radikal-Sozialen, Camille Chaumemps, und beauftragte ihn mit der Bildung einer neuen Regierung. Chaumemps erklärte sich zur Annahme des Auftrags bereit und setzte sich sofort mit den Parteiführern in Verbindung. Chaumemps soll erklärt haben, er wolle sich nicht auf die Unterfütterung der Sozialisten verlassen, sondern werde gleich die Bildung einer bürgerlichen Regierung betreiben.

Chaumemps, der gegenwärtig 45 Jahre alt ist, gehört dem rechten Flügel der radikal-sozialen Partei an, der im Gegensatz zum linken Flügel, dessen Führer Daladier ist, sich stets für eine Zusammenarbeit mit den republikanischen Mittelparteien bis tief in das rechte Zentrum hinein eingesetzt hat.

Die Fraktion der Radikalen, die sich mit der politischen Lage befachte, nahm eine Entschließung an, in der sie ihrer Entschlossenheit Ausdruck gibt, nur eine Regierung zu unterstützen, deren Mindestprogramm ausdrücklich die Verteidigung des Laizismus der Einheitsschule, der Steuererleichterungen, der Begrenzung der Militärausgaben und Einführung der Sozialversicherung vorsteht.

Damit waren Chaumemps, der auf die Mitarbeit von Männern wie Maginot und Paul Reynaud angewiesen ist, die Hände gebunden.

Camille Chaumemps ist ein Sohn des 1918 ver-

storbenen früheren französischen Kolonialministers Emile Chaumemps. Seine Laufbahn entspricht der der meisten französischen Politiker. Er war Rechtsanwalt, Generalrat, Bürgermeister, und schließlich erlangte er auch einen Parlamentsplatz. In der Kammer unterstützte Chaumemps anfangs die Politik Poincarés. Minister wurde er erstmals im Juni 1924. — Während des Krieges war Chaumemps im Hilfsdienst als Autofahrer tätig.

Keine Beteiligung Tardieus am Kabinetts Chaumemps.

Paris, 20. Februar. Tardieu hat in den späten Nachmittagsstunden eine Beteiligung am Kabinetts Chaumemps abgelehnt und damit die Absicht Chaumemps, eine Konzentrationregierung zu bilden, zunichte gemacht. Die radikale Kammergruppe hat trotzdem ihren Präsidenten beauftragt, seine Bemühungen fortzusetzen und ein Kabinetts ohne Tardieu und ohne Maginot zusammenzustellen.

Belaufchte Geheimfütterung.

Anwesenheit eines Journalisten während der Geheimberatung auf der Reichstags-Tribüne. — Berlin, 21. Februar.

In der letzten Sitzung des Auswärtigen und des Haushaltsausschusses des Reichstags war es zu scharfen Auseinandersetzungen des Reichsministers Dr. Wirth mit dem deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven, gekommen. Minister Dr. Wirth beschuldigte Freytagh-Loringhoven, der „Deutschen Zeitung“ Mitteilungen über den Verlauf der Geheimfütterung gemacht zu haben. Wie sich jetzt herausstellte, war diese Verdächtigung grundlos. Das Blatt hatte seine Kenntnis vielmehr daher, daß sich einer seiner Redakteure während der Verhandlungen durch eine vom Reinigungspersonal verheißentlich offen gelassene Tür auf die Journalistentribüne geschlichen und dort als „Mann unter der Bank“ die Debatte mit angehört hat.

Zu Beginn der neuen Sitzung teilte der Vorsitzende dem Ausschuss diesen Sachverhalt mit, wobei er betonte, der Ausschuss verhandele im vaterländischen Interesse hinter verschlossenen Türen. Der Journalist habe im übrigen die Verhandlungen in entstellter Form wiedergegeben und so das deutsche Interesse geschädigt. Auf Eruchen des Reichstagspräsidenten sei dem Journalisten inzwischen die Reichstagskarte entzogen worden.

In der Debatte erklärte Abgeordneter Graf Westarp von der deutschnationalen Fraktion, der Bericht der „Deutschen Zeitung“ habe sich auf die Fragen beschränkt, die nicht vertraulich behandelt worden seien. Selbstverständlich sei das Verhalten des Journalisten nicht zu billigen; es sei aber Sache des Hauses, sich gegen solche journalistische Fälschung und Betrübsamkeit zu schützen.

Rundschau im Auslande.

• Vor zehn Jahren hat die tschechische Nationalversammlung die tschechische Universität in Prag als alleinige Rechtsnachfolgerin der alten, von Karl IV. gegründeten Universität erklärt. Die Dozenten der deutschen Hochschule haben aus Anlaß dieses Gedenktages erneut gegen diese Ungerechtigkeit protestiert.

• Die britische Reichskonferenz, die alle vier Jahre zusammentritt, hält am 30. September in London eine neue Tagung ab.

• In Rußland wurde für Kischinewer die Strafe der Erschießung eingefordert; das Eigentum der Kischinewer soll der Sowjetunion verfallen.

• In Schanghai wurden in einer der letzten Nächte vier Personen, darunter zwei führende Vertreter der linken Flügels der Regierungspartei, ermordet.

— Berlin, den 21. Februar. Der deutsche Generalkonsul in Tiflis, Dr. Bernhardt, der sich während seiner Tätigkeit in Tiflis eine schwere Erkrankung zugezogen hatte, ist am Mittwochmittag in der hiesigen Charité an den Folgen einer Operation im Alter von 49 Jahren gestorben.

Titoler Siedlung im peruanischen Urwald.

• Mitten im peruanischen Urwald, fern von Eisenbahn und Autowegen, liegt am Fuß der Cordillere die deutsche Gemeinde Bozajo. Die Bewohner dieser Kolonie sind meist Tiroler, die 1856 die Heimat verließen; außerdem sitzen dort noch einige Rheinländer. Die Deutschen inmitten des tropischen Waldes haben sich ihr Volkstum rein bewahrt.

Die Toten von Wittenheim.

Zum Unglück auf der Kaligrube „Bernard“.

Das Unglück auf der Kaligrube „Bernard“ in Wittenheim bei Mülhausen i. G., das fünf Menschenleben forderte, hat sich in folgender Weise zugetragen:

Ein Ingenieur einer Pariser Baufirma war in Begleitung des Grubeningenieurs und von vier Arbeitern in die Grube hinabgestiegen, um Versuche mit einer Belastungsmaschine zu unternehmen. Plötzlich hörte man verärgertes Krachen und laute Warnrufe.

Wenige Sekunden später stürzte die Decke des Stollens ein und begrub fünf der Anwesenden. Nur einem gelang es, sich rechtzeitig aus dem Gefahrenbereich zu retten, doch hat er durch den Schreck die Sprache verloren. Die sofort angeforderten Rettungsarbeiten führten nur zur Freilegung der Leichen.

Vier Vergleute verschüttet.

Auf der Ferdinand-Grube in Rattowitz wurden durch Zubrechgehen eines Pfeilers vier Vergleute verschüttet. Nach mühevollen Bergungsarbeiten gelang es, an die Verschütteten heranzukommen. Einer war bereits tot. Die drei anderen wurden lebend ans

Tageslicht gebracht; einer von ihnen ist schwer verletzt, die beiden anderen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Die Leiche Gieslons gefunden.

— New York, 21. Februar. Nachdem es vor einigen Tagen gelungen war, die Leiche von Gieslons Begleiter zu finden, ist jetzt auch der Flieger Gieslon selbst tot aufgefunden worden. Gieslon machte sich im November im Flugzeug auf, um in der Gegend des Sibirischen Nordpols dem vom Eise eingeschlossenen „Schiff „Ranul“ Hilfe zu bringen. Seitdem waren Gieslon und sein Begleiter verschwunden. Die Leiche wurde unter den Trümmern des Flugzeugs gefunden. Man nimmt an, daß die beiden Flieger sehr zeitig beim Absturz des Flugzeugs ums Leben gekommen sind.

Kirche, Schule, Mission.

Missionar Kilpper frei!

Nach einem eben eingelaufenen Telegramm aus Basel ist der eine der drei seit August letzten Jahres von Räufern in China gefangengehaltenen Missionare, Missionar Kilpper, gebürtig aus Weibach, wieder auf freien Fuß gesetzt worden und ist gesund zu den Seinigen zurückgekehrt. Es besteht die Hoffnung, daß auch die beiden anderen noch in Gefangenschaft schmachtenden Missionare Walter und Fischle frei werden.

7. Religionspädagogische Konferenz 1930.

Die Religionspädagogischen Konferenzen, die den öffentlichen Teil der Jahresversammlungen der Gesellschaft für evangelische Pädagogik bilden, haben die Aufgabe, besonders wichtige Tagesfragen der Pädagogik zur Erörterung zu stellen und sie im Sinne evangelischen Christentums zu fördern. Nach den erfreulich verlaufenen Konferenzen in Leipzig (1925), Jena (1926), Gildesheim (1927), Magdeburg (1928) und Breslau (1929) lädt die Gesellschaft für evangelische Pädagogik für dieses Jahr zum 26. April nach Bielefeld ein. Zur Verhandlung steht: „Das Problem der sittlichen Erziehbareit im Lichte der Biologie und der Bibel“.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Univ.-Prof. Dr. med. Ehrenberg, Göttingen: „Das Problem der sittlichen Erziehbareit im Lichte der Biologie“.
2. Vortrag: Univ.-Prof. D. Schmitz, Münster i. W.: „Das Problem der sittlichen Erziehbareit im Lichte der Bibel“.
3. Aussprache.

Beginn: 16 Uhr (pünktlich). Ort: Aula des Gymnasiums. Eintritt: 1.— RM.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Mader, Fried. Wilh. Im Weltmeer verirrt. Selbstsame Abenteuer in der Südsee. Mit 6 Tondruckbildern und 15 Textzeichnungen v. Hans Anton Olsen born. In Leinen gebunden RMk. 5,50 (Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart).

Diese neueste Erzählung des bekannten phantastischen Jugendschriftstellers schildert die merkwürdigen Erlebnisse zweier deutscher Mädchen, die aus freiem Willen von dem Schiff, das sie aus ihrer südamerikanischen Heimat in das deutsche Vaterland bringen soll, auf eine einsame Südeinfel flüchten. Hier führen sie ein abenteuerliches Robinsonleben. Doch nicht nur die paradiesischen Schönheiten und Reichtümer dieser Wunderwelt lernen die Heldinnen kennen, sondern auch ihre Schrecken und Gefahren im Kampfe mit malignen Seeräubern, Haisfischen und Orkanen. Die spannend geschriebene Erzählung ist für Knaben und Mädchen gleich gut geeignet. Rikuuu, den 7. 1. 30.

Briefkasten.

Frau R. Scheele, Bad Sooden-Allendorf (Hera), fragt an, ob ihr jemand Sonntags Robinson gegen Erstattung des Portos leihweise überlassen könnte.

Kirchennachrichten für Zion.

Sonntag, den 23. Februar (Gerechtfertigt): 8 1/2 Uhr: P. Voigt; 9 Uhr: P. Jungblut; 10 Uhr: P. Bischoff; 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst; Montag, 20 1/2 Uhr: Gemeindefeststunde; Donnerstag 20 Uhr: Musikalische Feierstunde; Freitag Wiederholung.

Kirchennachrichten für Schilbesche.

Sonntag, den 23. Februar: 10 Uhr vorm.: P. Hopmann; 1 1/2 Uhr nachm.: Kindergottesdienst. Dienstag, den 25. Februar: 8 Uhr abends: Bibelstunde in Unterbesen; 8 Uhr abends: Missionsstunde in Hellingskamp. Mittwoch, den 26. Februar: 8 Uhr abends: Bibelstunde in Gemeindefeststunde.

Mitteilungen für Hausfrauen!

„Fußbodenpolitur.“

Es sind uns auf diese Mitteilung viele auswärtige Bestellungen zugegangen. Die Mitteilung war nur für den Anstaltsbezirk gedacht. Auf einen Versand nach auswärts sind wir nicht eingestellt.

Malergeschäft der Anstalt Bethel.

Schiffleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Statt besonderer Anzeige!

Heute morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit plötzlich mein lieber Mann, unser treusorgender Vater und Pflegevater, Bruder, Schwager und Onkel

der Diakon

Albert Schiel

im Alter von 57 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Anna Schiel
geb. Berkenkamp.

Edardsheim (Bez. Minden), Stralsund, Altona-Bahrenfeld, Magdeburg, Dortmund, Bielefeld, den 20. Februar 1930.

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. Februar 1930, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Kirche in Edardsheim aus statt.

E. Münch
Brackwede

Hauptstraße 81
Ruf 2426
Seit 1886

ZentRa-Uhren
Die Garantie-Uhr
deutscher Uhrmacher

W M F Bestecke
Schmuck
Uhren aller Art
Moderne Augenoptik

Anerkannter Lieferant
sämtl. Krankenkassen

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik
ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
lieferiert als Spezialität die von den

Posaunen-Chören

bevorzugten Flügelhörner (System Kuhl) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhl in seinen „Posaunen-rufen“ — Seite 20-26
Katalog und Preisliste gratis.



einschließlich Flasche, Kiste und Verpackung 19.20 RM gegen Nachnahme oder Voreinsendung auf Postcheckkonto: Hannover 21355.

Internationale alkoholfreie Industrie G. m. b. H., Bückeburg.

Junger Chauffeur,

gläubig, gelernter Bauhilfsarbeiter mit Führerschein I, II und III sucht sobald wie möglich Stellung; Hausarbeiten werden mit übernommen. Dauerstellung wird bevorzugt. Angebote an Helmut Terp, Ramenz (Sa.) Königsbrüderstraße 161

Villa Charlottenruhe

in Herrenalb (Württ. Schw.)

Eigentum des Bad. Landesvereins für Innere Mission, unmittelbar am Walde gelegen, bietet im Herbst und Winter erholungsbedürftigen Gästen freundliche Aufnahme. Gute Verpflegung, Zentralheizung. Tagespreis bei vier Mahlzeiten mit Bedienung und Heizung Mk. 4.— bis Mk. 5.—. Anfragen sind an die Leitung des Hauses zu richten.

Geschwister, gedenkt bitte

meines Hauses bei Bedarf in

Schleswig-Holsteinischer
Meierei-Tafelbutter

Versand allerfeinster Ware, täglich morgens frisch erzeugt in 9 Pfund Postpaketen.

Thomas Henningsen, Butter-Versandhaus, Schönderup bei Sönderbrarup, Kreis Schleswig.

H. Breder

Bielefeld, Gütersloherstraße 14

Fernsprecher 1012

Geislinger Bestecke

Gärungslofe

Obst-

und Traubencäfte

alkoholfrei, naturrein, ohne jede Konservierung.

Probierliste mit 12 Flaschen

- | | |
|--|------------------|
| 4 Strauchheimer (Apfelsüßmost Auslese) | |
| 2 Trauben (rot) | 2 Trauben (weiß) |
| 2 Heidelbeer | 2 Typ Burgunder |

einschließlich Flasche, Kiste und Verpackung 19.20 RM gegen Nachnahme oder Voreinsendung auf Postcheckkonto: Hannover 21355.

Internationale alkoholfreie Industrie G. m. b. H., Bückeburg.

Tilsiter Vollkornkäse

1.20.— pro Pfd.

versendet geg. Nachn. in Postkolli franko

Friedrich Slotzka
Dampfmolkerei Jedwillen,
Post Moltzweihen, Tilsiter Niederung

Der

Verband

gläubig. Kaufleute

will seinen Mitgliedern durch Schriften, Konferenzen und Ortsgruppenzusammenkünfte Gelegenheit geben, die Berufsfragen im Lichte des Wortes Gottes zu besprechen

Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle:

B. Brind, Essen-Bredenen
Einigkeitstraße 25.

Gallenstein-Tee

Eine Monatskur Nachnahme

5,10 Mk. Hervorragendes Vor-

beugungsmittel bei chronischen

Gallensteinerkrankungen.

Apotheke, Christianstadt am Bober.

Bad Salzflon

sind die erfolgreichen Winterkuren in vollem Gange. Feine Wohnung und gute Verpflegung 6 Mk. an für d. Tag — finden Kurgäste in dem neuzeitlich eingerichteten Fremdenheim „Haus in der Sonne“, Blicherstr.

! Nordsee!

Kinderheim Paulsen

Illustrierter Prospekt kostenfrei

d. d. Besitzer: Gemeindevorsteher

Paulsen, Norddorf
Insel Amrum

Erst prüfen, dann kaufen!

ianos

erstklassige und solide

Fabrikate.

Mäßige Preise! Bequeme Zahlungsweise!

Bielefelder Piano- u. Harmonium-Fab.

Otto Stierstadt

Bielefeld, Arndtstraße 11.

Gegr. 1905. Tel. 377

Stadt-Sparkasse

REICHENBANKEN-GESELLSCHAFT

BIELEFELD

Ingenieurschule Technikum Bauschule

Elektrotechnik, Maschinen-, Bauingenieurwesen, Eisenbahntechnik, Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbahntechnik, Ziegelfabrikation, Ziegelwerk, Ziegelwerk, Ziegelwerk

Lehrpläne

frei

Bethel.

— Christlicher Verein jung. Männer. Heute, Freitag,

8 1/2 Uhr Bibelstunde über 1. Petri 1, 22 ff.

— Bei Frau Pastor Wilhelm von Bodelschwingh, So-

reptaweg 6, findet eine Ausstellung von Original-Rad-

ierungen und Steinzeichnungen von Thoma und Stein-

sen statt, die von der Gesellschaft für Volksbildung zur

Verfügung gestellt wurden. Die Blätter sind von den

Künstlern selbst unterschrieben. Sie werden gezeigt am

Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, an den folgenden

Tagen von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Zur Besichtigung

wird freundlich eingeladen. Die Blätter sind zu verhält-

nismäßig geringen Preisen verkäuflich.

Beilage des Aufwärts

Nr. 45.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 22. Februar 1930.

12. Jahrgang.

Ist Bodenreform Kommunismus?

Eine Erwiderung.

Von Dr. jur. und Dr. scient. polit. Ludwig D. Pest
Professor der Staatswissenschaften, Universität Würzburg.

In der Nr. 245 vom 18. Oktober 1929 dieses Blattes erschien unter obiger Überschrift ein bloß mit W. S. gezeichneter Aufsatz, der mein Buch „Kirche und Bodenreform“ einer leider nicht sehr sachlichen Beurteilung unterzieht und auch nicht vor Verunglimpfungen und Verdächtigungen meiner Person zurücksteht, obwohl ich bisher niemals und nirgends Herrn W. S. erwähnt oder einen feiner Aufsätze kritisiert habe. Ueber diese persönlichen Angriffe gehe ich hier hinweg. Nur das eine muß ich hervorheben, daß mein Buch nicht von Bodenspekulationen oder deren Freunden verbreitet wurde, wie auch ich selbstverständlich mit Bodenspekulationen in keiner Beziehung stehe.

Zur Sache selbst bemerke ich, daß ich wegen Raummangels nur auf einige wichtige Punkte kurz eingehen kann. Herr W. S. sagt, Damaskus habe immer alle Begriffe klar bestimmt. — Was den Begriff „Grundrente“ betrifft, so hat Damaskus diesen Begriff von Ricardo übernommen; aber ich mache Damaskus zum Vorwurf, daß er nie und nirgends gezeigt hat, ob wir und wo wir im Deutschen Reich eine solche Grundrente haben, wie groß sie ist und welche Summen sie im Falle der Konfiskation dem Reich einbrächte. Es ist eine reine Agitation, wenn Damaskus die Besteuerung der Grundrente fordert, obwohl er weiß oder wissen mußte, daß wir in keinem modernen Kulturlande eine solche Grundrente im wissenschaftlichen Sinne haben; wohl aber haben wir einen Grundstücksvertrag, der nicht einmal zur bloßen Vergütung des von den Grundbesitzern auf den Grund und Boden aufgewendeten Kapitals ausreicht. Eingehend habe ich diese Fragen in meinem Buch „Gemeinde, Grundrente und Bodenreform“ (Würzburg 1929) erörtert und verweise darauf; darin habe ich auch Stellung zu der Frage des sog. unverdienten Wertzuwachses genommen. Herr W. S. empfiehlt mir, meine Studien zu erweitern durch den Kauf des Heftchens Damaskus aus dem Verlage Neclan, das nur 40 Pfg. koste. Diese Nummer wurde mir von der „Bodenreform“ zugesandt. Darin heißt es allerdings: „Grundrente ist also der wirkliche oder mögliche Ertrag, den ein Stück Boden ergibt ohne Aufwendung von Arbeit und Kapital seines Besitzers.“ Damaskus müßte doch endlich einmal sagen, wo solche Erträge vorhanden sind? Oder Herr W. S. möge das sagen.

Herr W. S., der in seinem Aufsatz andeutet, daß er Theologie ist, beruft sich auf Aussprüche der Kirchenväter, und zwar für einen Theologen — sonderbar nur auf die Darstellung, die Damaskus in seiner „Bibleantiquitäten“, „Geschichte der Nationalökonomie“, die wohl von keinem wirklichen Nationalökonomem anerkannt oder beachtet wird, bringt. Hier erwähne ich bloß, was ein auch volkswirtschaftlich und zwar sachwissenschaftlich gebildeter Theologe, Professor Otto Schilling, über die Kirchenväter schreibt: „Es wird daher vergebliche Mühe sein, von dem Standpunkte der Kirchenväter eine Brücke zu suchen zu einer extremen Theorie oder, bestimmter ausgedrückt, zum Sozialismus. Aber haben wir nicht wenigstens vereinzelte bei den Kirchenvätern sozialistische oder kommunistische Gedanken oder Ansätze dazu festzustellen? Selbst wenn wir zugeben wollten, daß die eine oder andere Äußerung in diesem Sinne aufzufassen wäre, so würde es doch allen wissenschaftlichen Prinzipien widersprechen, wenn man diese sporadisch eingestreuten Ideen zum Ausgangspunkte nehmen und die anderen ungezählten Äußerungen, also die Grundauffassung, außer acht lassen wollte. Warum verschweigen jene, die bei den Kirchenvätern sozialistische und kommunistische Ansichten konstatieren wollen, diese Rechtfertigungsversuche eines Vaktanz und anderer Väter? Warum verschweigen sie die Grundauffassung der Patristik?“ (Schilling, Der kirchliche Eigentumsbegriff. Freiburg i. B. 1920).

Ich habe geschrieben, daß der Begründer der Bodenreform, Henry George, in Amerika keinen Erfolg damit hatte, was jeder weiß, der Amerikas Wirtschaftsleben kennt. Eine Widerlegung ist es wirklich nicht, wenn Herr W. S. erzählt, daß mehr als 30.000 Personen tief bewegt am Sarge Henry Georges vorüberzogen. Das habe ich weder erwähnt noch bestritten; wohl aber erklärte ich, daß seine Lehren nicht in die Praxis umgesetzt wurden, weil die Amerikaner nüchternen denken und vom Sozialismus damals nichts wissen wollten. Herr W. S. glaubt das offenbar nicht.

Sodann beruft Herr W. S. sich auf den Brief Hindenburgs an Damaskus und sagt: „Wie wenig muß der große Feldherr doch das gefährliche Wirken Damaskus erkannt haben!“ — Das ist auch so; Hindenburg war unser größter Feldherr, und ich glaube, wir können sehr stolz darauf sein; sein Ruhm wird dauernd bleiben. Aber Nationalökonom war und ist er nicht, und er blühte auch nicht auf diesem Gebiete. Es ist als Unfug zu bezeichnen, wenn bei jeder Gelegenheit Hindenburg oder sein Brief in bodenreformersche Erörterungen gezogen wird. Sicher wäre Hindenburg der erste, der eine sozialistische Bodenreform ablehnte. Was Hindenburg will, nämlich ein von Bucherhänden geschütztes Heim, in dem ein deutsches Familienleben und der Aufwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist, das wollen wir alle und will insbesondere auch ich, worüber ich noch keinen Zweifel gelassen habe. Aber durch Sozialisierung des Bodens wird dieses Ziel nicht erreicht werden.

Herr W. S. schreibt weiter, Damaskus hätte „bekanntlich im Felde mit den Frontkämpfern keine Verbindung“. — Das ist unmaß; denn Hunderttausende bodenreformersche Flugblätter wurden in die Schützengräben geschickt. Der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer hat sich bereits im Februar 1916 in der Abgeordneten-Kommission im Laufe der Verhandlungen über den preussischen Gesetzentwurf zur Förderung der Ansiedlungen gegen die Werbetätigkeit der Bodenreformer gewendet mit der Erklärung, daß die Forderungen der Bodenreformer sich auf unhaltbare Grundlagen stützen, die man nicht auf die Arme übergreifen lassen dürfe. Auch der König Ludwig III. von Bayern wendete sich gegen die Verteilung bodenreformerscher Flugblätter in den Schützengräben, weil er als hervorragend volkswirtschaftlich gebildeter Mann erkannte, wohin eine solche Agitation mitten während des Krieges führen müsse.

Schließlich behauptet es Herr W. S., daß ich nicht sage, wie man bessere Wohnungen und Siedlungen schaffen könne. — Das ist eine Auseinandersetzung bringen wir in der Ausführlichkeit, weil anzunehmen ist, daß für diese Frage weitgehendes Interesse vorhanden ist. Wer gerne an andere, die sich auch dafür interessieren, die Beilage schicken will, kann noch Exemplare davon haben. Wir liegen etwas mehr davon drucken.

habe ich in allen meinen Schriften gezeigt, schon in meinem ersten Buche über das Erbbaurecht. Ich bin immer für die Anwendung des Erbbaurechts, auch für die Schaffung von Heimstätten, für die Schaffung von Eigenhäusern und Zurückdrängung der wirklichen Mietkafernen eingetreten. Wer etwas anderes behauptet, kennt meine Schriften nicht oder schreibt wider besseres Wissen. Ich will bloß ein Vorstandsmitglied des Bundes deutscher Bodenreformer, den Jesuiten O. v. Nell-Breuning, zitieren, der in einer Zeitung vor wenigen Wochen erklärte: „Professor Dr. Dr. Ludwig D. Pest, Würzburg-München, darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, Ausbildung und Anwendung des Erbbaurechts in Deutschland gefördert zu haben, wie er auch in Wohnungsbau und Wohnungsreform praktische Arbeit geleistet hat.“ Dieses Verdienst kann ich mit gutem Gewissen für mich in Anspruch nehmen. Aber ich wende mich gegen jede Form der Sozialisierung; daß die Forderung der Sozialisierung der „Grundrente“ Sozialismus ist, habe ich oft genug nachgewiesen. Wenn die Bodenreformer diese Forderung fallen lassen, dann werden wir uns eher einigen. Ich nehme weiterhin für mich in Anspruch, daß ich mein Buch „Kirche und Bodenreform“ zwar sehr deutlich verfaßt habe, aber man wird keinen Satz darin finden, der sich gegen die Schaffung von guten und billigen Wohnungen und Siedlungen wendet. Ich schließe mich ganz den Worten an, die meines Wissens der bekannte evangelische Pfarrer D. Traub in der Münchener-Augsburger-Abendzeitung vor einiger Zeit veröffentlichte: „Wir kennen die Not der Arbeitslosigkeit, kennen die sozialen Verhältnisse und lassen uns von niemand abstreiten, ein warmes Herz dafür zu haben. Gerade deshalb wollen wir, daß nicht jede Achtung vor dem Eigentum kurz und klein geschlagen und jede Freude am eigenen fählichen Unternehmen auf kaltem rechnerischem Wege weggeführt werde.“ — Wenn Herr W. S. anderer Ansicht ist, gut, so ist das seine Sache; aber das berechtigt noch nicht, einem ernst, gewissenhaft und vor allem wissenschaftlich Forschenden vorzulegen, welche unläuterer Motive in der Bekämpfung der sozialistischen Bodenreform zu unterstellen.

Daß man auch ruhig und sachlich mein Buch „Kirche und Bodenreform“ zu beurteilen vermag, beweisen mir die vielen Hunderte von Briefen und Karten, die mir von evangelischen und katholischen Theologen, Pastoren usw. zugehen, und die mit ein paar Ausnahmen oft begeistert mir zustimmen. Ein sehr bekannter evangelischer Theologe schrieb mir: „Sie haben ein gutes Werk getan, indem Sie Ihr Meisterwerk „Kirche und Bodenreform“ den Pastoren zuleiteten. Auch die gelehrtesten Theologen haben eine Unterweisung auf dem so wichtigen Gebiete nötig, und jedermann wird mit Freude und Gewinn Ihr Buch lesen. Ich danke Ihnen herzlich für die ausgezeichnete wertvolle Arbeit.“ — Und ein anderer sehr hoch gestellter evangelischer Theologe schrieb mir u. a.: „Gott der Herr segne Ihre Arbeit, die ja auch Dienst am Allerheiligsten ist, weil sie ja nichts anderes will, als der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.“ — Diese Sätze klingen etwas anders als der Aufsatz des Herrn W. S., der allerdings auch ein hohes evangelisches Kirchenamt bekleidet.

Was ist darauf zu sagen?

Der Dr. jur. und scient. polit. Herr Ludwig D. Pest, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Würzburg, sandte im vergangenen Jahre an die deutschen Pastoren beider Bekenntnisse postfrei ein Buch über „Kirche und Bodenreform“, das nach seiner Angabe dem Zweck dienen soll, „Theologen, die keine oder keine genügende Fachbildung besitzen, aufzuklären“. Von mehreren Seiten dazu aufgefordert, habe ich es in der Nr. 245 des Aufwärts vom 18. 10. 1929 beurteilt. Er beschränkt sich nun, ich hätte es „einer leider nicht sehr sachlichen Beurteilung unterzogen, und scheue auch nicht vor Verunglimpfungen und Verdächtigungen zurück“. Er wird das um so mehr als ungehörig empfinden, als er in dem Urteil, das er selbst über sein Buch zu fällen für angezeigt hält, „den Gegenstand rein wissenschaftlich und sachlich behandelt, die Person des D. Damaskus sei ihm gleichgültig“.

Ich erinnere mich nicht, in der Rezension ein Urteil über die mir nicht näher bekannte Person des Verfassers gefällt zu haben, geschweige denn sie „verunglimpfend und verdächtigend“ zu haben. Den verehrten Lesern des Aufzuges wird es nicht anders ergangen sein!

Doch halt! Wenigstens gegen eine Verdächtigung glaubt er sich wehren zu müssen! „Er stehe mit Bodenspekulationen in keiner Verbindung.“ Hatte ich das behauptet? Das Gegenteil ist der Fall! Ich habe ihn gegen den Vorwurf verteidigt, wies darauf hin, daß es einem deutschen Professor nicht wohl zuzutrauen sei, er verleihe ein Buch als seine Gabe, während er es im Auftrage und auf Kosten eines kapitalkräftigen Bundes tue! Die Worte sind genau so gemeint, wie ich sie geschrieben habe. Ich kann dem Verfasser versichern, daß ich schon beim Lesen seiner Schrift den Eindruck gewonnen habe, der erfrige, aber sehr vorsichtige „Bund für besitzlosen Grundbesitz“ habe nichts mit ihr zu tun. Ein Urteil über seine mutmaßlichen Beweggründe hätte zwar nicht notwendig eine „Verdächtigung“ enthalten, wäre aber über den Rahmen einer sachlichen Beurteilung hinausgegangen.

Sind die anderen „Verunglimpfungen“ derselben Art, so haben wir, die verehrten Leser und ich, keinen Grund mehr, die mangelnde Sehschärfe unseres Auges zu beklagen!

Aus den das ganze Buch durchziehenden Äußerungen über die nach seinem Urteil minderwertige Person des D. Damaskus habe ich eine kleine Blütenlese zusammengestellt. Für diejenigen Leser, denen die Nr. 245 des Aufwärts nicht zur Hand sein sollte, wiederhole ich eine: Der D. Damaskus ist nach der Schätzung des Verfassers „ein Slave, dem deutsche Ehrlichkeit nicht im Blute liegt. Er versteht es, seine wahre Meinung zu verschleiern. Je nach dem Publikum, das er vor sich hat, spricht er verschieden. Er bereut es offenbar, einmal wenigstens das bißchen Mut und die Ehrlichkeit gehabt zu haben, zu sagen, was er will“. Wer einen Beweis dieser, wie der Verfasser zugeben muß, recht kräftigen Vorwürfe in seiner Schrift erwartete, wurde enttäuscht.

Jeder, der auch nur ein wenig in den Schriften des D. Damaskus gelesen hat, weiß, wie völlig offen, dazu, wie klar und jedermann verständlich er zu sagen pflegt, was er meint! Wie wenig müssen nach der Ansicht des Herrn P. die Fakultäten, die D. der höchsten akademischen Ehreung für würdig erachteten, müssen die zahlreichen Städte, die ihn zu ehren, Straßen mit seinem Namen benannten, erkannt haben, um welch minder-

wertiges Subjekt, das den Namen eines Deutschen nicht verdient, es sich handelt! Auch wer nicht alle Ansichten des D. Damaskus teilt, wird es verstehen und natürlich finden, daß er davon absteht, sich gegen derartige Vorwürfe zu verteidigen! Wenn das Urteil der Leser des Buches nicht immer zugunsten des Verfassers ausfallen sollte, trifft die Schuld den Beurteiler, der jede Äußerung über die Person des Verfassers unterlassen hat, oder diesen?

Auch in der Erwiderung des Verfassers wird man vergeblich eine Begründung seiner Vorwürfe suchen. Jetzt hat er nur eins anzuführen. Er gibt zu, der D. Damaskus sagte allerdings, Grundrente sei der wirkliche oder mögliche Ertrag, den ein Stück Boden ergibt ohne Aufwendung von Arbeit oder Kapital seines Besitzers (nur dieser kommt für ihn bekanntlich bei der Steuer in Betracht). Aber „er möge doch endlich einmal sagen, wo solche Erträge vorhanden sind, oder ich möge es sagen“.

Er schreibt: „Ich mache Damaskus den Vorwurf, daß er nie und nirgends gezeigt hat, ob wir und wo wir im Deutschen Reich eine solche Grundrente haben, wie groß sie ist, und welche Summen sie im Falle der Konfiskation dem Reich einbrächte. Es ist eine reine Agitation, wenn Damaskus fordert, obwohl er weiß oder wissen mußte, daß wir in keinem modernen Kulturlande eine solche Grundrente im wissenschaftlichen Sinne haben...“

Zunächst wäre darauf zu antworten: Wo die Landwirtschaft keine Grundrente hat, hat sie auch nichts zu fürchten. Sie wird entlastet zugunsten des Bodens, der die Grundrente durch seinen Lagerwert erzeugt. Beispiele zeigt der Schulrat Engel in seinem bekannten Rechenbuch. Sie sind zu finden im Heft 84 der Sozialen Zeitfragen S. 26... Zu welchen Einnahmen der Lagerwert führen kann, ist allgemein bekannt.

Aber er denkt wohl in der Hauptsache noch an anderes. Er meint wohl, die Besteuerung des von dem Arbeitswert getrennten nackten Bodenwertes sei nirgend geschehen, lasse sich auch nicht durchführen.

Das ist m. E. ein Irrtum. Ich weise auf allerdings uns räumlich ferne, aber der deutschen Kultur erschlossene und durch keine gesetzlichen Bestimmungen der deutschen Bodenreform unzugängliche Länder. Aus Rücksicht auf den mir zur Verfügung stehenden Raum kann ich nur kurz auf die lehrreichen Berichte des Gouverneurs v. Wismann und auf die an anderer Stelle gemachten Erfahrungen des Geheimen Admiralitätsrats Schrammer hinweisen und auf die Mitteilung des Großadmirals v. Tirpitz an Damaskus, „die Bodenreform habe sich glänzend bewährt“.

Für sehr lehrreich halte ich, was von zuverlässiger Seite aus einer Weltstadt (Sdney) berichtet wird, die, wenn irgendeine, der modernen Kultur erschlossen ist. Wieder muß ich es mir versagen, eingehend darüber zu schreiben. Ich erwähne nur kurz, daß sie das Wohnungswesen unserer Großstädte nicht kennt, dabei von 1903 bis 1922 von 592.100 Einwohnern auf 1.008.599 gestiegen ist. Ich verweise auf den Aufsatz des Herrn Karl Schewe „Sydney, ein Anwalt deutscher Bodenreform“ (1925). Nur das Eine erwähne ich noch: Es erhebt schon seit 1916 die Steuern, den Grundbesitz der Bodenreform entsprechend, vom reinen Bodenwert. Jemand, der dagegen wäre, wird dort kaum zu finden sein, aber allein in den Jahren 1923/24 gingen 170 Petitionen von öffentlichen Körperschaften ein, auch die Gebühren für Wasserleitung und Kanalisation möchten auf die Grundrente gelegt werden.

Daß in Deutschland die allgemeine Geseßgebung ein gleiches Handeln zur Zeit erschwert, ist bekannt. So weit sie es zuläßt, hat Anhalt im Gesetz vom 4. 4. 23 die bodenreformerschen Grundzüge durchgeführt. Ueber die nunmehr gestaffelte Steuer, die für viele eine Erleichterung in sich schloß und erst bei mehr als 200.000 M 5 Proz. erhebt, berichtet der P.arrer Baumacker, M. d. L., in der Bodenreform vom 19. 4. 25, über die Angriffe des Landbundes und deren eingehende Beantwortung durch die Behörden das bei Gustav Fischer in Jena erscheinende Jahrbuch der Bodenreform in der Nr. 1 des Jahres 1929. Für die Gewinnung eines gerechten Urteils, halte ich deren eingehendes Studium für wichtig. Das Urteil darf nicht durch Parteilichkeit getrübt werden! In hohem Maße erfreulich ist es, wie sich dort schon jetzt das Wort bewährt hat, das Hindenburg einst im Felde sagte: „Wie oft kann man sehen: Menschen, die einen eigenen Garten erhalten, werden ganz andere Menschen!“ Angesichts der erschreckenden Zersetzung des sittlichen Empfindens, welche die Zusammenbrängung vieler Menschen in einen Raum in unseren Großstädten zur Folge hat, ist das Wort von großer Bedeutung!

Der Verfasser macht mir ferner zum Vorwurf, daß ich, „für einen Theologen sonderbar“, mich zum Erweis der Stellung der Kirchenväter zur in Rede stehenden Frage, mich auf die Darstellung beziehe, die Damaskus in seiner „Bibleantiquitäten“ Geschichte der Nationalökonomie gibt, die nach seinem Urteil von Gelehrten wenig beachtet wird. Der Vorwurf wäre nur dann begründet, wenn es sich um apokryphische, in ihrer Echtheit bestrittene Zitate handelte. Das ist bekanntlich nicht der Fall. Ihre Echtheit ist von keiner Seite jemals bestritten worden. Warum sollte ich nicht auf ein dem Leser am ehesten zugängliches Werk weisen? Sein Urteil über dessen Wert wird keineswegs von den bedeutenden Forschern geteilt. Ich nenne absichtlich weder Theologen noch Nationalökonomem, auch an ihnen fehlt es nicht, sondern einen Geschichtsforscher, dessen stets wohl erworbenen Urteil und scharfer Blick allgemein anerkannt ist, den weit über den Kreis seiner Fakultätsangehörigen hinaus verehrten Berliner Professor Ed. Meyer, der wie die Person so auch die Schriften Damaskus bekanntlich hoch schätzt.

Auch der Verfasser bestreitet die Echtheit der angeführten Worte nicht, er meint aber, es seien „sporadische“, mit der Grundauffassung der betr. Kirchenlehrer nicht ganz stimmende Äußerungen. Das ist m. E. nicht der Fall. Ich muß mich damit begnügen, die Gründe kurz anzudeuten.

1. Das Neue Testament kennt ebenso wenig wie das alte ein unbefränktes Eigentumsrecht der Bodenbesitzer. Sie sind verantwortliche Verwalter ihres Besitzes, nicht mehr! Die alte Kirche hielt an dieser Anschauung fest.

2. Es gereicht ihr zur Ehre, daß sie selbst den heidnischen Staat (entsprechend Römer 13, V. 1-4) als von Gott mit der Vollstreckung seines Willens beauftragte Obrigkeit anerkannte. Der starke Eigentumsbegriff, der jetzt vielfach zugunsten der Besitzer bei der Anwendung des römischen Rechts Verwendung findet, widerspricht der christlichen Anschauung, war anfangs sogar dem auf heidnischen Boden erwachsenen Röm. Recht fremd.

In seinem Buche hatte der Verfasser (S. 20) Damachke den schwerwiegenden Vorwurf gemacht, er habe während des Krieges eine maßlose Agitation für seine Bodenreform und besonders für die Schaffung von Heimstätten entfaltet, unbekümmert darum, ob sie möglich sei. Sozialisten und Kommunisten hätten durch Flugblätter die Disziplin vieler Soldaten zerlegt und zermürbt, auch die Flugblätter der Bodenreform hätten diese Wirkung gehabt! Meine Antwort, bekanntlich habe Damachke im Felde mit den Frontkämpfern keine Verbindung gehabt, nennt er unwahr, denn Hunderttausende bodenreformercifiger Flugblätter seien in die Schützengräben gefandt. Er meint, durch Erwedung unerfüllbarer Hoffnungen habe er die ausartende Pflichttreue der Krieger untergraben, indem er sich auf einen ähnlichen Vorwurf des Herrn von Scharlemer beruft.

Von besonderem Wert und sie tief bereegend wird für viele Leser sein, was Hartek auf S. 331 seines Buches berichtet. Wir erfahren, daß der Kaiser, der seinem letzten Aufenthalt im Hauptquartier überzeugt, bereit war, in einer besonderen Botschaft sich zum Heimgattengedanken zu bekennen, aber den furchtbaren Ernst des Wortes „Zu spät“ erfahren mußte!

Am Schluß seiner Erwiderung beruft er sich auf eine größere Zahl von zustimmenden Briefen, die er auch von angesehenen Theologen erhalten habe. Ich würde es für wenig angemessen halten, auf die vermutlich erheblich größere Zahl derer zu ver-

Vielleicht sind Freunde der Bodenreform der Ansicht, meine Erwiderung sei zu eingehend, eine kurze „Aberkennung“ hätte genügt. Ich bin anderer Meinung. Von „Aberkennungen“ habe ich genau so viel wie von den im Parteistreit üblichen „Schlagworten“, nämlich nichts! Sie verlegen leicht, überzeugen aber selten andere, als die bereits überzeugt sind! Der erste Versuch einer Begründung ist im E. nicht zu unterlassen. Es wäre ein großer Gewinn, wenn er zur Folge hätte, daß viele Empfänger des Buches sich ein eigenes Urtheil über die Bodenreform durch Studium der betr. Schriften zu verschaffen.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Böttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“. Echte Tagesblatt, Bethel h. Bielefeld. Fernruf 3911/3916. Echte Bielefeld. Druck und Verlag: Verlagsanstalt Bethel.

wir handeln
lich dürfen
es, weil wir
Jesu sein
Kann man
da noch den
damit nicht
unseren eige
Namen Jesu
Großes, we
bekennen, r
möchte es
den, der se
Werke, sei
Im Nam
lich froh m
lerne!

An beson
litische Lebe
Wenn in Pa
mehr viel an
wenn der p
als einem a